

"Ein Risiko"

=====

Interview von Silke Lode, Bild: Vilmos Veress

Wenn am Samstag Schwule und Lesben in Kiew für ihre Rechte auf die Straße gehen, wird auch eine Delegation aus München mit Bürgermeister Hep Monatzeder dabei sein. Organisator Conrad Breyer erklärt, was die Münchner beim Christopher Street Day (CSD) in ihrer Partnerstadt erwartet.

SZ: Vergangenes Jahr musste der erste CSD in Kiew aus Sicherheitsgründen abgesagt werden. Was ist damals passiert?



Conrad Breyer: Beim letzten CSD haben sich 150 Teilnehmer eingefunden. An einem Ort, der ursprünglich geheim war, aber durch Indiskretion in der Stadtverwaltung bekannt wurde. Es kamen 750 Gegendemonstranten -Kosakenverbände, Rechtsradikale, Orthodoxe. Es waren auch 200 Polizisten vor Ort, aber die sind nicht aus ihren Bussen ausgestiegen. Sie haben keine Anstalten gemacht, die Veranstaltung zu schützen. Deshalb haben die Organisatoren sie kurzfristig abgesagt.

In Kiew gab es schon vor der Parade Gegendemonstrationen. Worauf stellen Sie sich in diesem Jahr ein?

Man muss auf alles gefasst sein. Im Internet haben sich etliche Gegner angekündigt. Auf V-Kontakte, dem russischen Facebook, gibt es die Gruppe "Kiew-Safari", da rufen Nationalisten zum Widerstand auf. Die reisen aus dem ganzen Land und aus Russland an und jagen die Leute, um sie zu verprügeln. Während der Parade, vor allem aber danach. Letztes Jahr sind etwa 3000 von denen gekommen, zwei Leute sind krankenhaushausreif geschlagen worden. Die Stimmung ist höchst explosiv. Aktuell prüft die Stadt Kiew sogar ein gerichtliches Verbot des CSD.

Mit welcher Begründung?

Am selben Tag ist Stadtfest in Kiew. Da sich viele tausend Gegner angekündigt haben, glaubt die Stadt, die Sicherheit der Teilnehmer nicht garantieren zu können. Dahinter steckt aber etwas anderes: Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender sollen auf der Straße schlicht nicht sichtbar sein.

Wie würde denn der CSD in Kiew aussehen - wäre das wie hier eine bunte Parade?

Das muss man sich ganz anders vorstellen. Noch hat überhaupt nie ein CSD in Kiew stattgefunden. Wenn, dann würden am Samstag 300 bis 500 Teilnehmer zwischen Polizistenreihen auf 300 Metern von einer U-Bahn-Station zur nächsten laufen und dabei ein einziges Transparent hochhalten. Auf dem steht: "Diskriminierung verbieten, nicht Information". Das bezieht sich auf ein Gesetz, das noch im Parlament liegt und sogenannte "Gay Propaganda" verbieten soll - also jede positive Information über Homo-, Bi- und Transsexualität.

Rechnen Sie mit Gewalt?

Ja, man muss mit Gewalt rechnen. Wenn die Polizei diese Demonstration nicht schützen will oder kann, werden die Gegner ungehindert zuschlagen.

Warum ist Homophobie in der Ukraine so verbreitet?

Nach dem, was uns unsere Freunde in Kiew erzählen, hängt es auch mit der stark patriarchalisch geprägten Gesellschaft zusammen, in der die orthodoxe Kirche immer mehr Einfluss gewinnt. Das Land ist seit der Unabhängigkeit 1991 in einer wirtschaftlichen Dauerkrise. Die Leute suchen Halt, und die Kirche bietet ihn. Zugleich versucht der Staat von Problemen abzulenken, die er nicht in den Griff bekommt und will wenigstens moralisch punkten. Zum Beispiel mit dem vermeintlichen Schutz von Kindern vor "Gay Propaganda". Es werden auch Sündenböcke gesucht - Homosexuelle, Juden, Sinti und Roma.

Gibt es auch eine gesellschaftliche Gegenbewegung?

Die gibt es, im ganzen Land sind von der schwul-lesbischen und Trans-Szene Verbände gegründet worden. Allein in Kiew gibt es sieben große Organisationen, die sich um Öffentlichkeitsarbeit, Mobilisierung, psychosoziale Beratung oder HIV-Prävention kümmern. Es gibt in der Politik zahlreiche Sympathisanten, in der Partei UDAR von Vitali Klitschko etwa, aber auch in der Zivilgesellschaft oder im Ausland.

Was kann eine Delegation aus München in einer solchen Lage ausrichten?

Das vielleicht wichtigste ist, den Leuten vor Ort zu sagen: Ihr seid nicht allein. Diese Solidarität hilft der Szene in Kiew und sie sind dafür sehr dankbar. Außerdem kann eine Delegation mit so hoher Repräsentationskraft - immerhin wird sie von Bürgermeister Hep Monatzeder angeführt - für internationale Aufmerksamkeit sorgen. Die gesamte Presse der Ukraine hat bereits über die Delegation aus München berichtet. Wir haben gemerkt, dass die Stadt Kiew deutlich kooperationsbereiter ist, seit sie weiß, dass der Bürgermeister der Partnerstadt kommt. Wir erhoffen uns, dass Kiew den CSD nicht verbietet und ihn schützt.

Machen Sie sich Sorgen um die Sicherheit Ihrer Delegation?

Wir gehen schon ein Risiko ein, das ist im Moment von hier aus nicht kalkulierbar. Aber die Veranstalter haben mit "Amnesty International" ein Sicherheitskonzept erarbeitet und tun alles für die Sicherheit der Teilnehmer. Wir geben uns in deren Hände und können uns darauf verlassen, dass alles gut läuft. Wenn es zu gefährlich wird, werden die Veranstalter den CSD absagen.